



Die Haftung der Geschäftsführungsorgane einer insolvenzrechtlich eigenverwaltenden GmbH oder AG



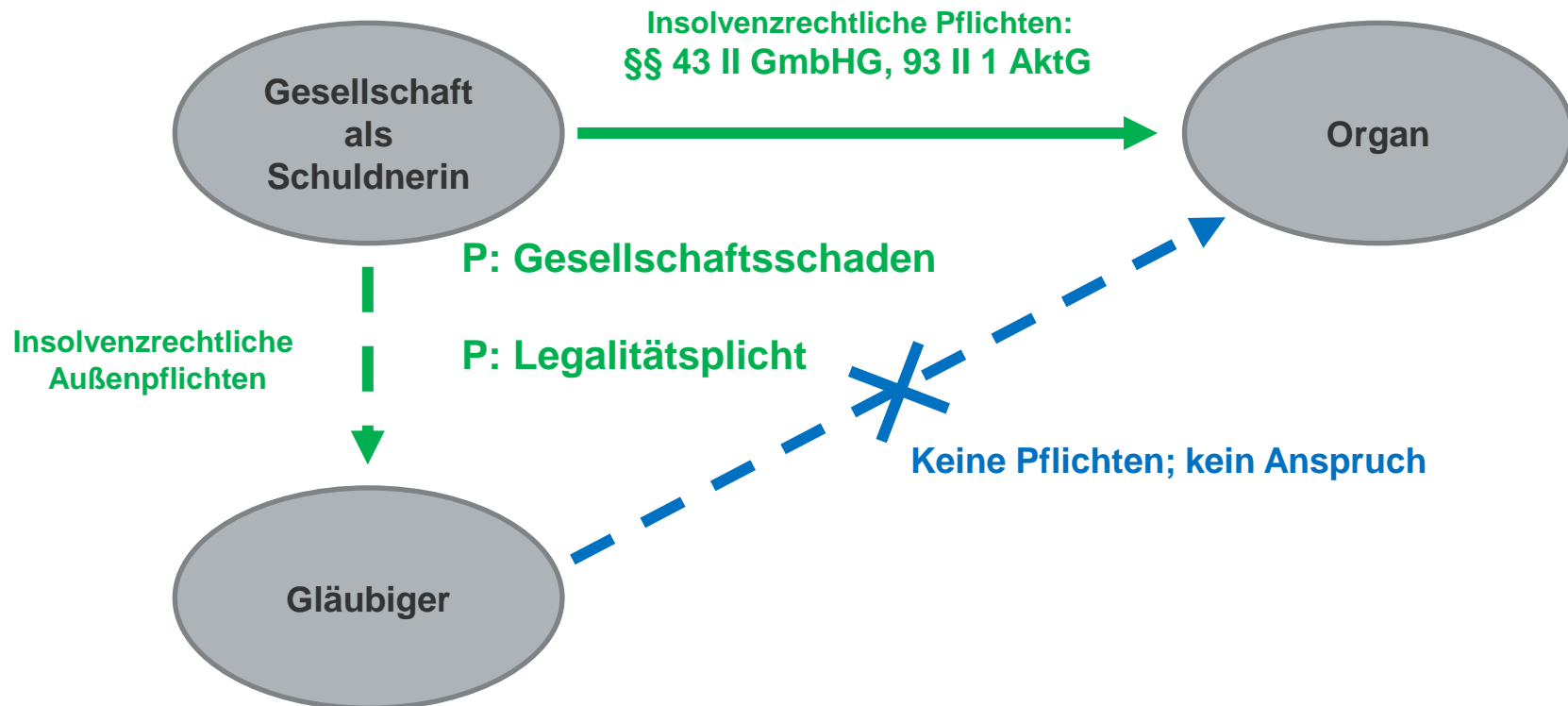
A. Problemdarstellung

- Praxis: Einsetzung von „Sanierungsgeschäftsführern“ als organschaftliche Vertreter, **aber** Figur des „Sanierungsgeschäftsführers“ wurde im ESUG nicht geregelt
- Fehlen einer dem Insolvenzverwalter vergleichbaren Haftungsnorm (§§ 60, 61 InsO) ist als Schutzlücke anzusehen
- Bürgerlich-rechtliche Normen kommen zur Lückenschließung überwiegend nicht in Betracht



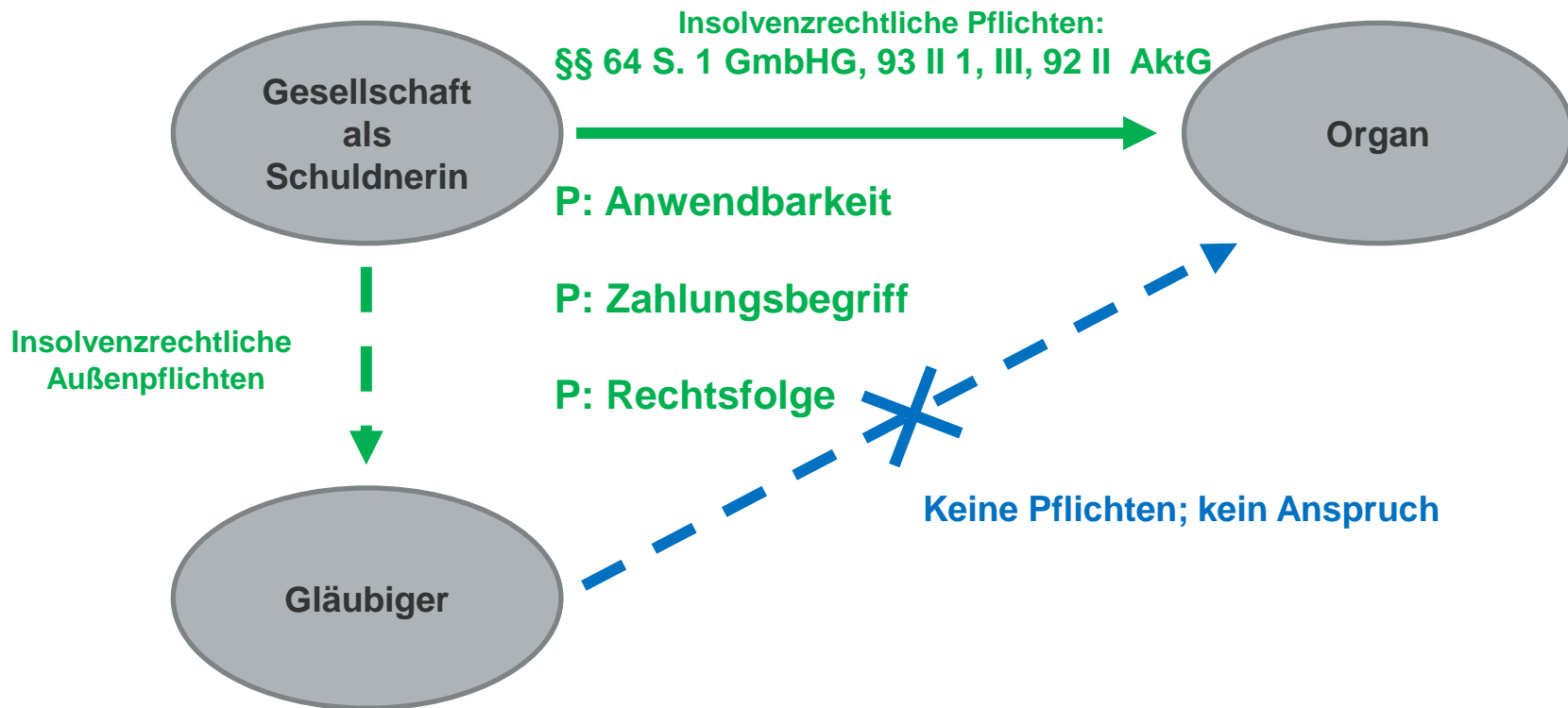
B. Gesellschaftsrechtliche Organhaftung

1. §§ 43 II GmbHG, 93 II 1 AktG (reine Innenhaftung → insolvenzrechtlich zu modifizieren)



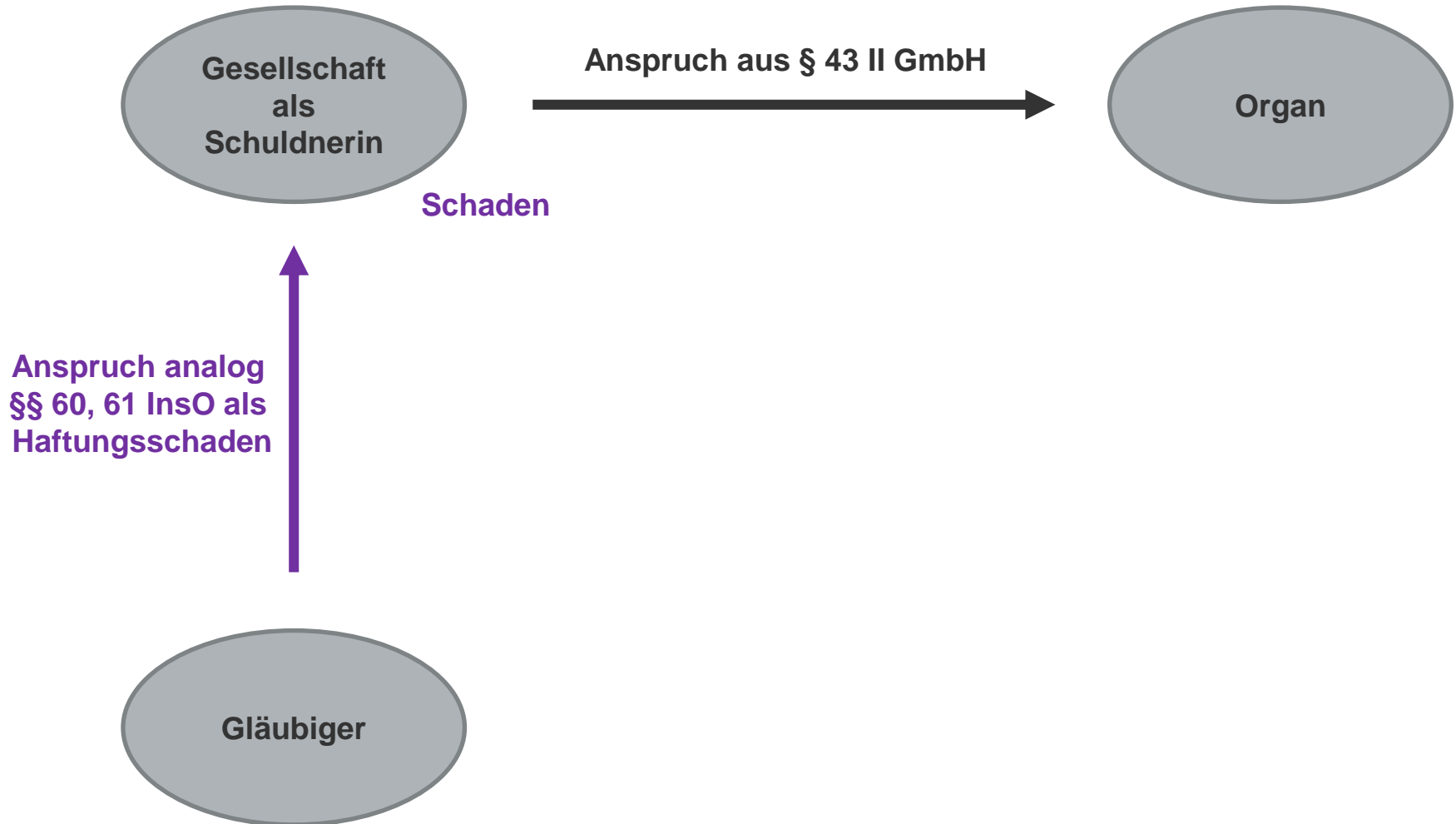


2. Masseschmälerungshaftung (§§ 64 S. 1 GmbHG, 93 II 1, III Nr. 6 i.V.m. 92 II AktG)



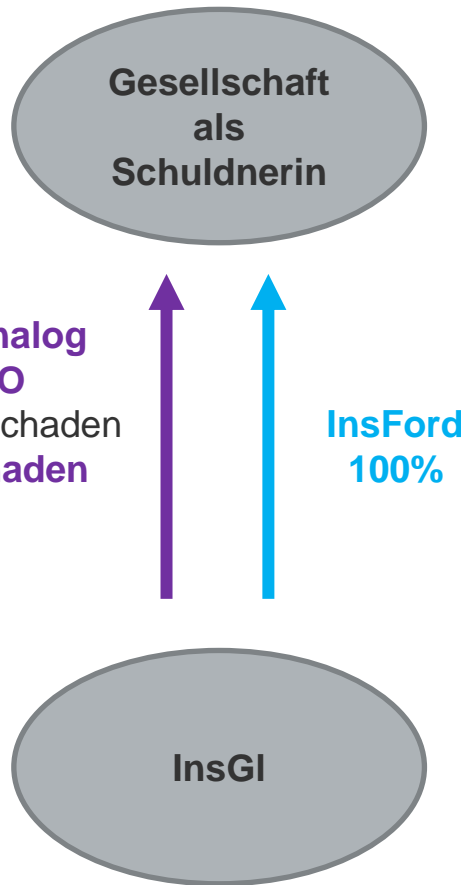


3. Kombinationshaftung





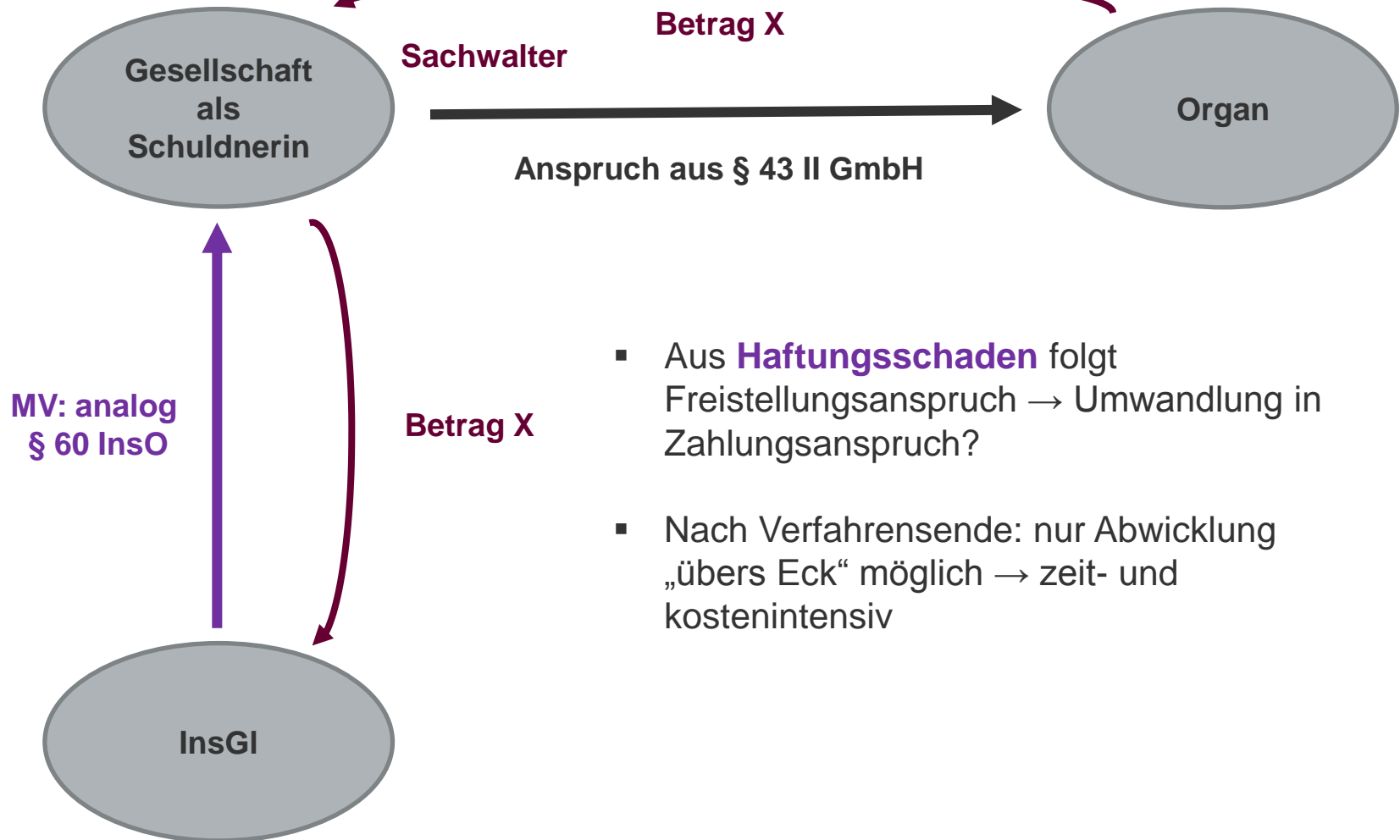
a) Gesamtschaden (z. B. Verteilungsfehler)



- Hochstufung zur MV, § 55 I Nr. 1 InsO
- Haftungsschaden: Belastung mit **Verbindlichkeit**
 - aber Schuldnerin haftet bereits in voller Höhe mit **InsFord**
 - Hinzutreten des **weiteren Anspruchs** als unbeachtlicher Passivtausch zu werten



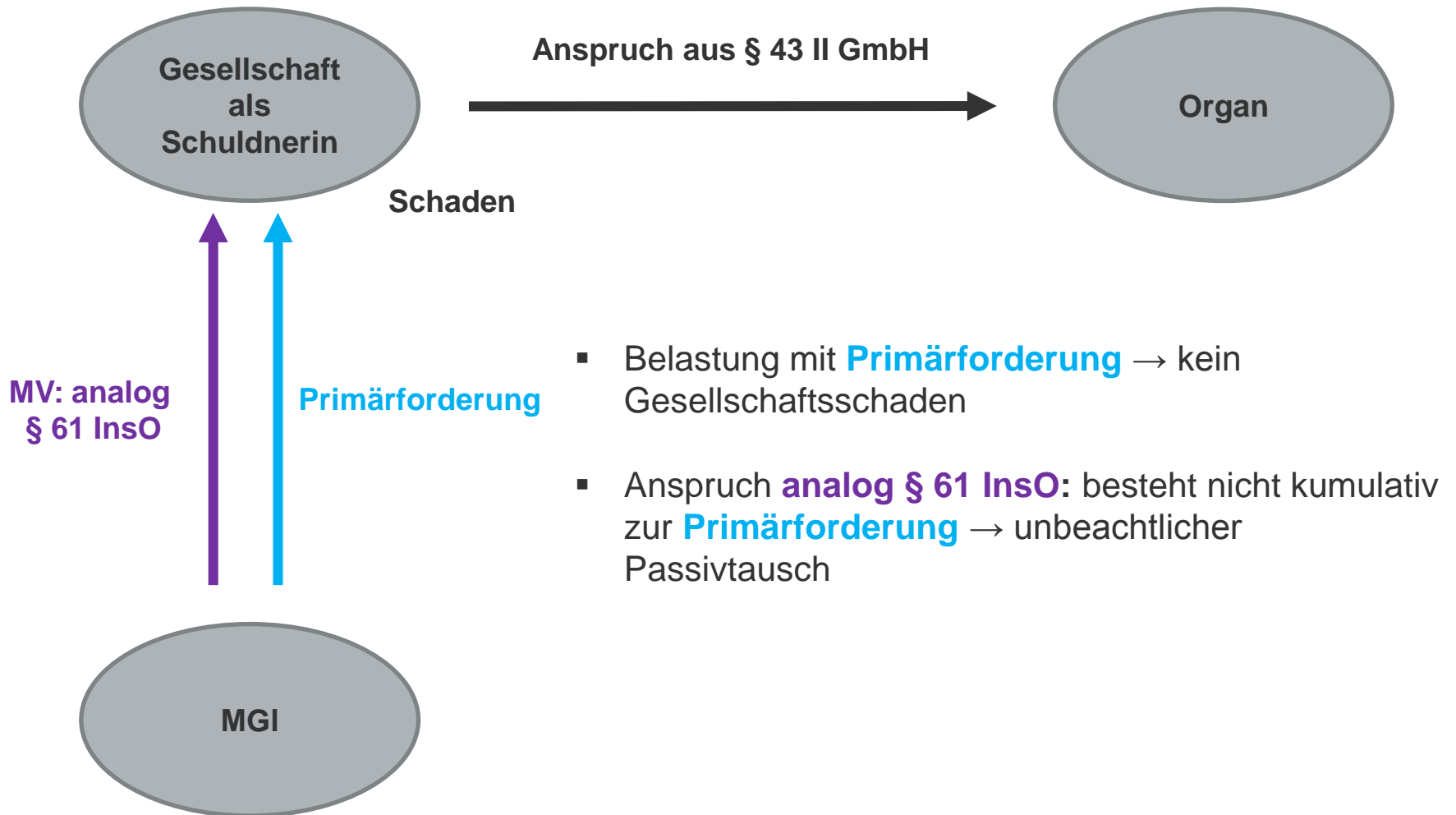
Abwicklung



- Aus **Haftungsschaden** folgt Freistellungsanspruch → Umwandlung in Zahlungsanspruch?
- Nach Verfahrensende: nur Abwicklung „übers Eck“ möglich → zeit- und kostenintensiv

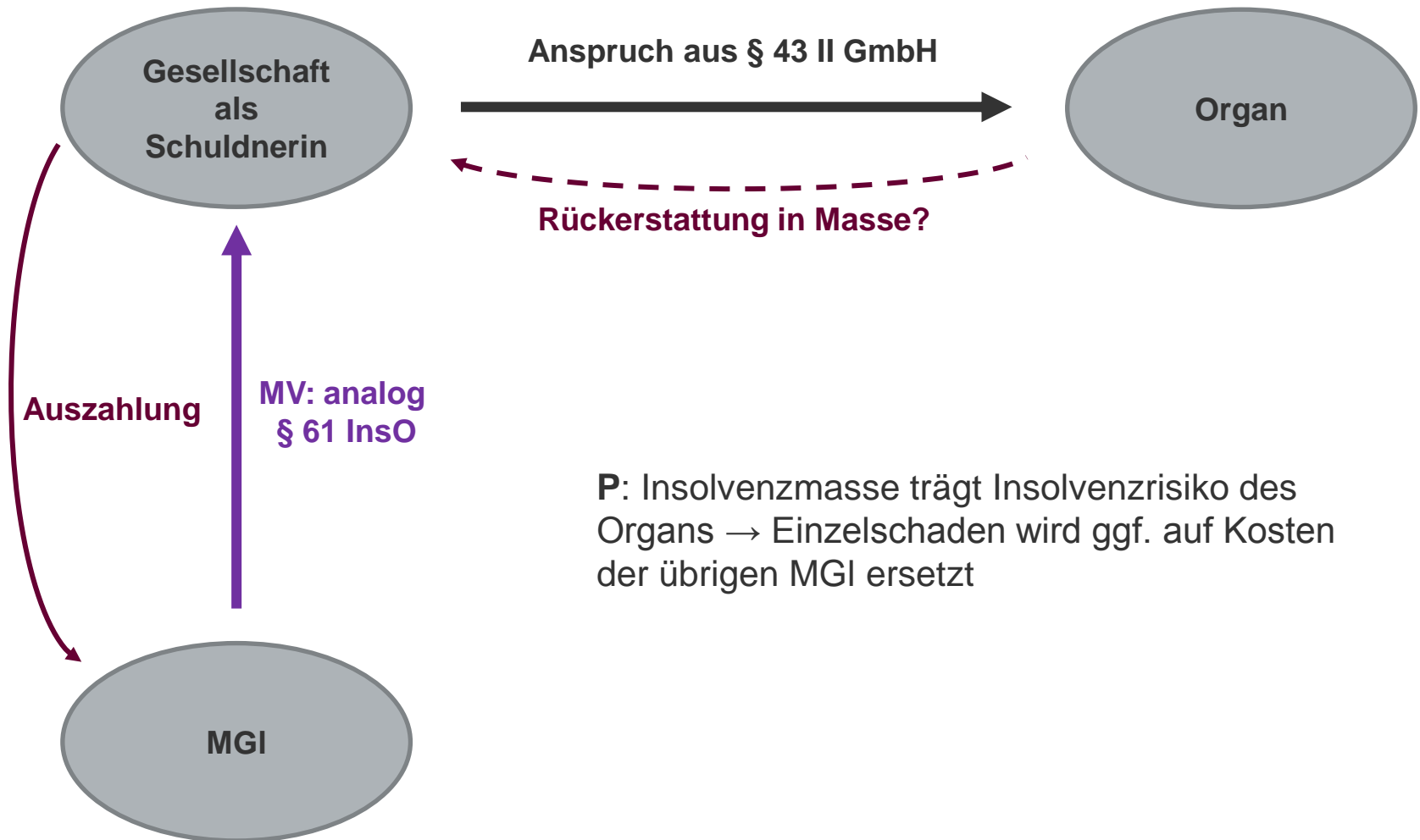


b) Einzelschaden (§ 61 InsO) → P: Schaden der Gesellschaft



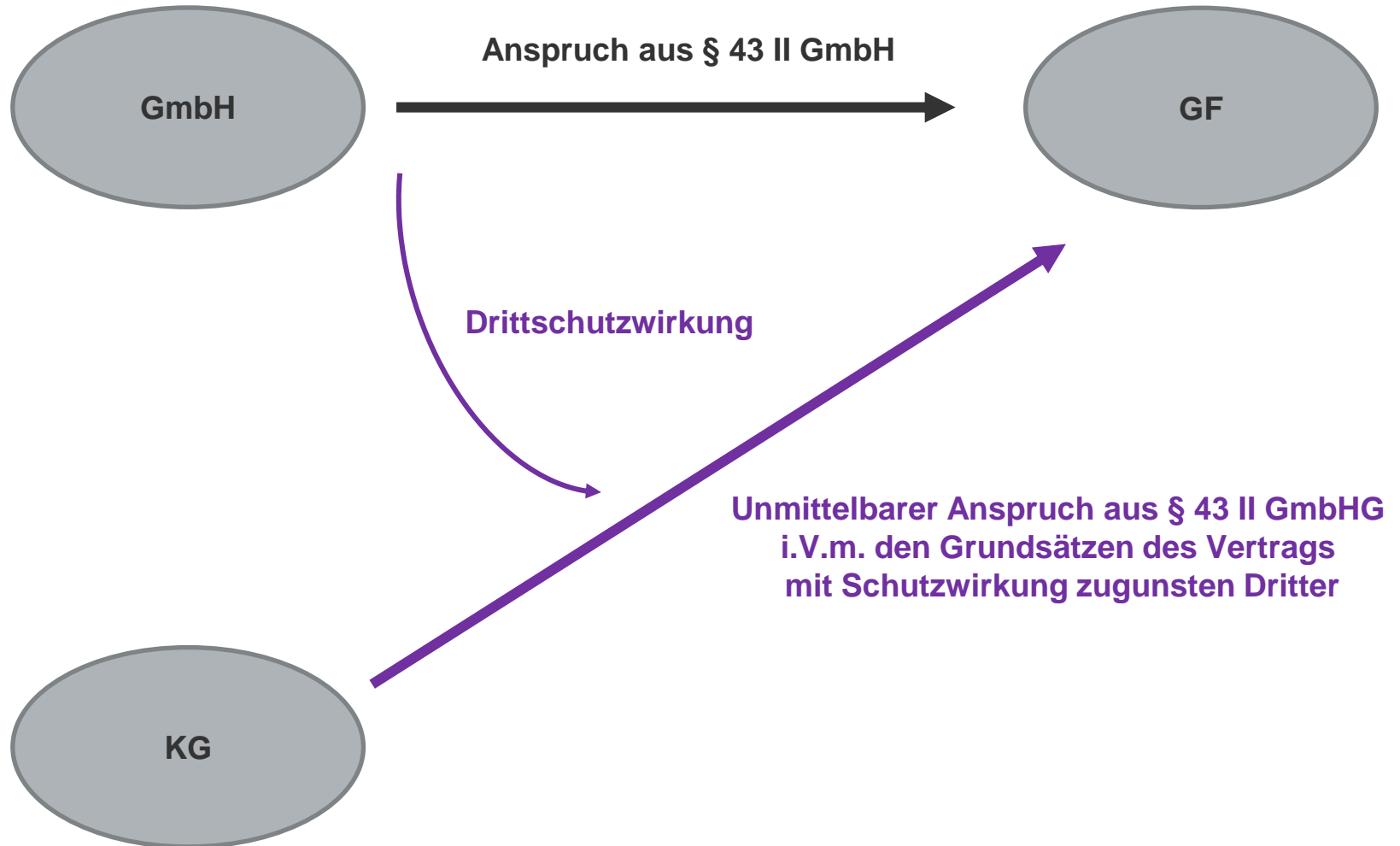


Abwicklung: Übersetzung des Einzel- in einen Gesamtschaden





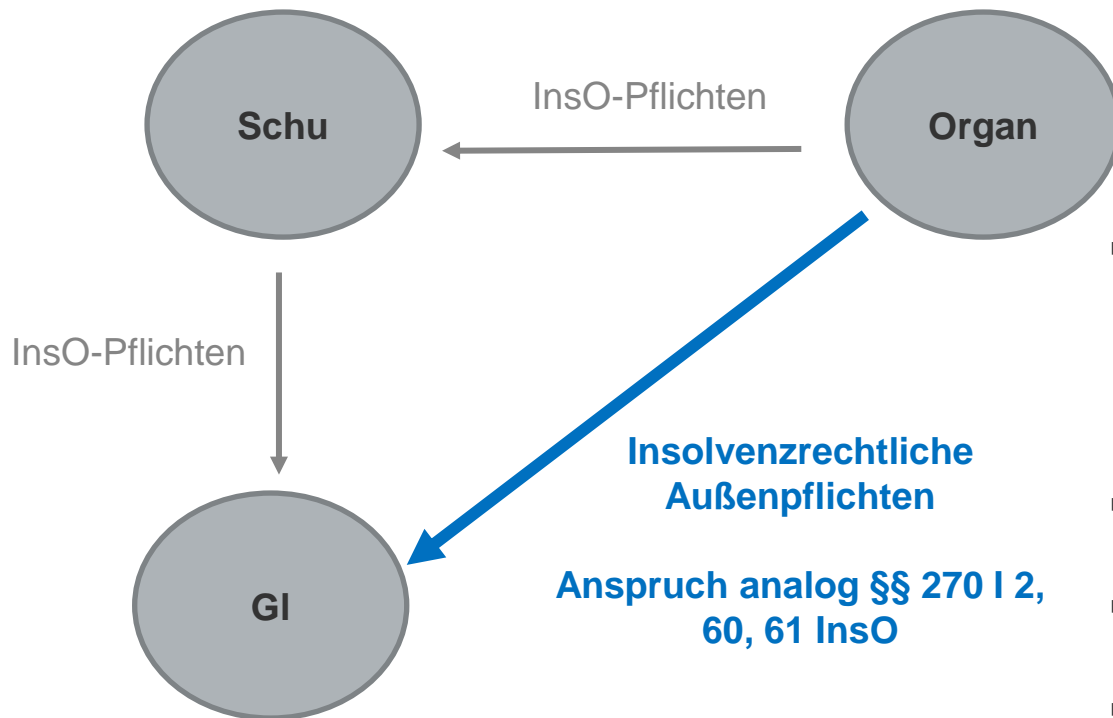
4. Drittschützende Organhaftung (GmbH & Co. KG)





C. Insolvenzrechtlicher Ansatz

Insolvenzrechtliche Außenpflichten → analog §§ 270 I 2, 60, 61 InsO



- Gläubigerschutz rechtfertigt auch im geltenden Recht eine Durchbrechung der Innenpflichtenbindung; Vorrang insb. § 276a S. 1 InsO
- Planwidrige Regelungslücke
- Vergleichbare Interessenlage
- Andere Ansicht: OLG Düsseldorf (Urteil vom 07.09.2017 - 16 U 33/17)



D. Gesetzgebungsvorschlag

§ 276a InsO wird wie folgt neu gefasst:

(1) Ist der Schuldner eine juristische Person oder eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, so haben der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung oder entsprechende Organe keinen Einfluss auf die Geschäftsführung des Schuldners.

(2) Die Abberufung und Neubestellung von Mitgliedern der Geschäftsleitung ist nur wirksam, wenn der Sachwalter zustimmt. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn die Maßnahme nicht zu Nachteilen für die Gläubiger führt.

(3) Die Mitglieder des Vertretungsorgans einer juristischen Person haften als Gesamtschuldner entsprechend §§ 60 bis 62 persönlich.

Das Gleiche gilt für die organschaftlichen Vertreter der zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigten Gesellschafter, wenn kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist. Bei einer Gesellschaft im Sinne des Satzes 2 gilt Satz 1 sinngemäß, wenn die organschaftlichen Vertreter der zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigten Gesellschafter ihrerseits Gesellschaften sind, bei denen kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist, oder sich die Verbindung von Gesellschaften in dieser Art fortsetzt.